Ökologisch-Demokratische Partei
ÖDP im Nürnberger Stadtrat

OBERBÜRGERMEISTER
09. FEB. 2024
/.....Nr. .....
1 Zur Kts. | 3 Zur Stellungnahme
2 z.w.V. | 4 Antwort vor Absendung vorlegen
5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Stadtratsgruppe · Fünferplatz 2 · 90403 Nürnberg

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Herrn Marcus König
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

ÖDP Stadtratsgruppe
Inga Hager & Jan Gehrke
Fünferplatz 2
90403 Nürnberg

Hager: 01577 7397611
Gehrke: 0911 543768

inga.hager@oedp.de
jan.gehrke@oedp.de

www.oedp-nuernberg.de

Nürnberg, 08.02.2024

ÖDP-Antrag: Altholzverbrennung in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die N-ERGIE plant in Nürnberg die Errichtung einer Altholzverbrennungsanlage am Standort Sandreuth, die bereits im Stadtplanungsausschuss behandelt wurde. Drei Aspekte sollten unserer Meinung nach nochmals gründlicher berechnet und überdacht werden:

1. **Die langfristig verfügbare Menge des Rohstoffs „Altholz der Abfallklassen A III und A IV"**
   Aus ökologischen Gründen ist es grundsätzlich sinnvoll, den Rohstoff Holz bestmöglich zu sortieren und einer größtmöglichen stofflichen Verwertung zuzuführen. Unbehandelte Holzabfälle (A I) und ungiftig verleimtes, gestrichenes, lackiertes oder beschichtetes Holz (A II) kann neu zu Spanplatten und anderen Holzprodukten verarbeitet werden. Damit bleibt der im Holz gebundene Kohlenstoff weiter gebunden. Als CO2-neutral kann die energetische Nutzung von Holz ohnehin nur bezeichnet werden, wenn nur so viel Holz verbrannt wird, wie im gleichen Zeitraum nachwachsen kann. Möbelhersteller beklagen bereits die mächtige Konkurrenz durch die Energieunternehmen, und es ist zu befürchten, dass letztlich der Holzbedarf so weit steigt, dass vermehrt frisches Holz von immer weiter her importiert werden muss und vermehrt Wälder „geplündert" werden.

2. **Die ökonomische Rentabilität der Anlage**
   Der energetische Vorteil von Heizkraftwerken besteht darin, dass gleichzeitig Strom und Wärme produziert wird. Das Altholz-Kraftwerk soll in der Stadt errichtet werden, um die Wärme in das Fernwärmenetz einzuspeisen und damit weniger Gas zu benötigen. Das betrifft im Wesentlichen die Heizperiode. Ist der Betrieb der Anlage nur rentabel, wenn diese ganzjährig durchgehend läuft, so ist dies für die Energie- und Wärmewende nicht zielführend.

3. **Gesundheitsschutz der Stadtbevölkerung**
   Feinstaub stellt eine hohe Gesundheitsbelastung für Menschen dar. Je feiner die Partikel, desto weiter dringen sie in die Atemwege ein, führen zu entzündlichen Veränderungen in den Blutgefäßen und zu frühzeitigen Todesfällen durch Herzinfarkte, Schlaganfälle, Diabetes mellitus und Krebserkrankungen. Der Standort Sandreuth ist bereits jetzt deutlich höher belastet als andere Stadtgebiete durch die dichte Bebauung, ein erhebliches Grünflächendefizit, die Müllverbrennung und ein hohes Verkehrsaufkommen. Die Grenzwert-Empfehlungen für Feinstaub PM 2,5 ($\mu g/m^3$) der WHO liegen anders als die der EU nicht bei 25($\mu g/m^3$), sondern bei 10 ($\mu g/m^3$). Sollte dieser Grenzwert zum Schutz der Bevölkerung auch in Deutschland entsprechend gesenkt werden, läge die

Luftqualität in weiten Teilen der Stadt vor allem in der südlichen Hälfte schon ohne zusätzliche Verbrennungsanlage über diesen Werten. Es sollte bei der Standortwahl nicht nur der Abstand der Altholzverbrennung zur Wohnbebauung gemessen werden, sondern auch ermittelt werden, wie viele Menschen – je nach Dichte der Besiedelung - durch die Emissionen betroffen sind.

Die ÖDP Stadtratsgruppe stellt daher folgenden **Antrag** zur Behandlung im zuständigen Ausschuss:

1. Die Stadtverwaltung ermittelt und berichtet, wie sich die Menge des anfallenden, nicht mehr verwertbaren Altholzes der Kategorien A III und A IV in der Region in den kommenden 10 Jahren entwickeln wird und fragt an, ob die benötigte Kapazität zur thermischen Verwertung in den umliegenden Altholzverbrennungsanlagen in Bayern (z. B. in Neumarkt und in Zapfendorf) auch ohne eine neue Anlage in Nürnberg zur Verfügung steht.

2. Die Verwaltung erläutert, ob die Altholzverbrennungsanlage auch rentabel ist, wenn sich der Betrieb auf die Heizperiode beschränkt.

3. Die Verwaltung vergleicht erneut die bisher untersuchten Standortmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Anzahl an Menschen, die unmittelbar unter den zusätzlichen Emissionen zu leiden haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Inga Hager
Stadträtin der ÖDP

Jan Gehrke
Stadtrat der ÖDP